

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Einführung	1
A. Der Anspruch auf Hinterbliebenengeld – ein Novum in der Rechtsordnung	3
B. Hintergrund: Die Entstehungsgeschichte des Anspruchs auf Hinterbliebenengeld	7
1. Kapitel: Die dogmatische und systematische Einordnung des Anspruchs auf Hinterbliebenengeld in das Gefüge des Haftungsrechts	17
A. Die Rechtsposition hinter dem Anspruch auf Hinterbliebenengeld	19
B. Systematische Einordnung – der Anspruch auf Hinterbliebenengeld als Ausnahmenvorschrift?	131
C. Die Funktion des Hinterbliebenengelds	189
2. Kapitel: Wertungswidersprüche und Anwendungsfragen des § 844 Abs. 3 BGB	209
A. Wertungswidersprüche des Hinterbliebenengelds	211
B. Fragen in der praktischen Anwendung	223
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	263
Literaturverzeichnis	267
Sachregister	289

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Einführung.....	1
A. Der Anspruch auf Hinterbliebenengeld – ein Novum in der Rechtsordnung	3
B. Hintergrund: Die Entstehungsgeschichte des Anspruchs auf Hinterbliebenengeld.....	7
I. <i>Die Gesetzeslage vor Einführung des Hinterbliebenengelds</i>	7
1. Der Ausnahmecharakter immateriellen Schadensersatzes.....	7
2. Die Erwägungen der Gesetzesverfasser hinsichtlich immaterieller Schäden.....	8
II. <i>Rechtspolitische Gründe für die Einführung des Anspruchs auf Hinterbliebenengeld</i>	10
1. Wertungswidersprüche.....	10
a) Der Wegfall des Rechtssubjekts bei Tötung und die daraus resultierende Haftungslücke.....	10
b) Kommerzialisierung immaterieller Güter.....	12
2. Unglücksfälle.....	13
3. Der Blick über die Grenzen und die Harmonisierung der Rechtsordnungen.....	14
III. <i>Gesetzgebungsverfahren</i>	16
1. Kapitel: Die dogmatische und systematische Einordnung des Anspruchs auf Hinterbliebenengeld in das Gefüge des Haftungsrechts.....	17

A. Die Rechtsposition hinter dem Anspruch auf Hinterbliebenengeld.....	19
I. Die Zivilrechtsordnung als Rechtszuweisungsordnung.....	19
1. Grundstrukturen der Rechtszuweisungsordnung.....	19
2. Kritik am Geltungsanspruch des überkommenen privatrechtlichen Systembaus	24
a) Die praktische Überholtheit der Rechtszuweisungs doktrin für die moderne Rechtsanwendung.....	24
b) Die Rechtszuweisungsordnung als Relikt vergangener Zeiten.....	25
3. Alternativen zum überkommenen Ordnungssystem.....	27
a) Das Rechtsverhältnis als zentrales Element der Privatrechtsordnung	27
b) Die Lehre vom Institutionenschutz	28
c) Das Konzept der privaten Rechtsdurchsetzung oder „private law enforcement“	30
d) Die Imperativentheorie – ein Gegenentwurf zum überkommenen Ordnungssystem	33
e) Peukerts Lehre vom Zuweisungsgehalt	37
f) Das einseitig „anspruchsfixierte Denken“	39
g) Die ökonomische Analyse des Rechts	42
4. Gründe für den anhaltenden Geltungsanspruch der Rechtsposition als zentrales Element der Privatrechtsordnung	43
5. Folgen für das Hinterbliebenengeld.....	45
II. Die Zuweisung einer Rechtsposition durch die objektive Ordnung.....	46
1. Die Zuweisung absoluter und relativer Rechte	47
a) Absolute Rechte.....	47
aa) Merkmale einer absoluten Rechtsposition	48
(1) Die Zuordnungs- und die Ausschlussfunktion	48
(2) Die sozialtypische Offenkundigkeit	49
(a) Die sozialtypische Offenkundigkeit kraft Bezugsgegenstands.....	50
(b) Die sozialtypische Offenkundigkeit kraft umfassender Beschreibung.....	51
(c) Kritik am Erfordernis der sozialtypischen Offenkundigkeit	52
(3) Zusammenfassung.....	54
bb) Die Zuordnungsentscheidung des Gesetzgebers	54
cc) Die Darstellungsformen der Zuordnung	57
(1) Die Schöpfung oder Erweiterung subjektiver Rechtspositionen durch Schutzgesetze	58

(a) Die Begründung der rechtlichen Relevanz eines (neuartigen) eigenständigen Interesses durch eine Norm ..59	59
(b) Die Statuierung bloßer unselbständiger Positionen	60
(c) Zwischenergebnis	61
(2) Die Erweiterung subjektiver Rechtspositionen durch Verkehrspflichtigen	61
(3) Zwischenergebnis	62
b) Relative Rechte	63
c) Ergebnis Entstehung von Substanzrechten	65
2. Die Rolle der Rechtsprechung bei der Zuweisung	65
a) Die grundsätzliche Frage nach der Zuordnungskompetenz der Gerichte	66
b) Die Anforderungen an die Zuordnungsentscheidung der Gerichte	68
c) Die bisherige Rolle der Rechtsprechung beim „Angehörigenschmerzensgeld“	69
3. Ergebnis	70
<i>III. Ansätze zur Bestimmung der Rechtsposition</i>	<i>70</i>
1. Leben	70
2. Art. 6 GG	73
a) Die Geltung des Art. 6 GG im Zivilrecht	74
b) Der Schutzbereich des Art. 6 GG	75
c) Bedeutung für den Anspruch auf Hinterbliebenengeld	77
3. Gesundheit	78
4. Körperverletzung des Hinterbliebenen aufgrund einer Verschmelzung von Opfer und Bezugsperson	82
5. Das seelische Wohlbefinden	84
6. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Substanzrecht des Hinterbliebenengelds	85
a) Eckdaten zur Entstehung des zivilrechtlichen Persönlichkeitsrechts	86
b) Bisherige Überlegungen zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht als Substanzrecht eines „Angehörigenschmerzensgeldanspruchs“	88
aa) Befürworter	89
bb) Gegner	93
cc) Zwischenfazit	95
c) Der Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	96
aa) Die verschiedenen Fallgruppen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	97
bb) Der Kernbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts unter Berücksichtigung des verfassungsrechtlichen Persönlichkeitsrechts	99

cc) Die besondere persönliche Nähebeziehung als Bestandteil der persönlichkeitsrechtlichen Privatsphäre	101
dd) Der Einfluss von Art. 8 Abs. 1 EMRK	103
(1) Die Bedeutung der EMRK für das nationale Recht	103
(2) Der Schutzbereich des konventionsrechtlichen Privatlebens	104
ee) Zwischenergebnis	106
d) Die besondere Nähebeziehung als zivilrechtliche Rechtsposition	106
aa) Die Zuweisungsentscheidung der Nähebeziehung	107
(1) Die Nähebeziehung in der Privatrechtsordnung	108
(a) Die besondere Nähebeziehung im Allgemeinen Gleichbehandlungsrecht – die Rechtsfigur der assozierten Diskriminierung	108
(b) Bedeutung der assozierten Diskriminierung für den Anspruch auf Hinterbliebenengeld?	110
(c) Die Nähebeziehung im Zusammenhang mit dem postmortalen Persönlichkeitsschutz	111
(aa) Die Entwicklung des postmortalen Persönlichkeits- schutzes	112
(bb) Die Problematik des postmortalen Persönlichkeits- schutzes in der Rechtszuweisungsordnung	114
(cc) Bedeutung der Nähebeziehung für den post- mortalen Persönlichkeitsschutz und den Anspruch auf das Hinterbliebenengeld	115
(d) Zwischenfazit	117
(2) Die Anerkennung der Nähebeziehung durch die Schutznorm selbst	117
(3) Der Einfluss der Entstehungsgeschichte des allgemeinen Persönlichkeitsrechts für die besondere Darstellungsform der Zuordnung	118
bb) Umfassender Schutz vor Einwirkungen – Die Ausschlussfunktion der Nähebeziehung	119
cc) Die sozialtypische Offenkundigkeit der Nähebeziehung	122
dd) Zwischenergebnis	124
e) Die Besonderheiten des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und ihre Vereinbarkeit mit dem Anspruch auf Hinterbliebenengeld	124
aa) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht – ein „Rahmenrecht“?	124
bb) Die Dispositionsbefugnis	128
f) Ergebnis zum Allgemeinen Persönlichkeitsrecht	129
IV. Ergebnis	129

B. Systematische Einordnung – der Anspruch auf Hinterbliebenengeld als Ausnahmenvorschrift?	131
I. <i>Der Anspruch auf Hinterbliebenengeld als Ausnahme vom „Grundsatz der Unmittelbarkeit“?</i>	131
1. Grundlagen des deutschen Haftungsrechts	133
a) Das Tatbestandsprinzip	133
b) Das „Dogma vom Gläubigerinteresse“	134
c) Der Unmittelbarkeitsgrundsatz	136
d) Begründung für das vom Gesetzgeber gewählte Modell des Haftungsrechts	137
aa) Der Grund für die Unterscheidung reiner Vermögensschäden und solcher, die aus der Verletzung eines Rechtsguts resultieren.	138
bb) Die Haftungsbegrenzung bei immateriellen Schäden	140
cc) Fazit	141
e) Erforderlichkeit der dogmatischen Zweiteilung des deliktischen Verletzungstatbestands?	142
aa) Unmittelbare und mittelbare Verursachung einer Rechtsverletzung	142
bb) Die Kritik am aktuellen Meinungsstand	145
(1) Die Verfehltheit der Gleichsetzung von Rechts- und Integritätsverletzung als tatbestandsmäßigen Verletzungserfolg	146
(2) Die einheitliche dogmatische Grundlage von mittelbaren und unmittelbaren Rechts(guts)verletzungen	147
cc) Zwischenergebnis	148
2. Präzisierung wichtiger Begrifflichkeiten	148
a) Psychisch vermittelte Schäden	149
aa) Schockschäden und Fernwirkungsschäden	149
bb) Kritische Analyse	152
cc) Lösungsvorschlag	154
b) Erst- und Zweitgeschädigter	156
c) Drittschaden	156
aa) Der mittelbar Geschädigte	157
bb) Die Rechtsfigur der Drittschadensliquidation	158
3. § 844 Abs. 1 und 2 BGB als Ausnahmenvorschriften zu den herkömmlichen haftungsrechtlichen Grundsätzen	160
a) Systematik	161
b) Normzweck	163
aa) Vermeidung eines Wertungswiderspruchs	163
bb) Weitergehender Regelungsgehalt von § 844 Abs. 1 und 2 BGB ..	165
(1) § 844 Abs. 1	165

(2) § 844 Abs. 2 als Schutzrecht einer Rechtsposition	166
(a) Die Unterhaltsforderung als (absolute) Rechtsposition? ..	167
(aa) Die Lehre vom deliktischen Schutz der Forderung..	167
(bb) Einwendungen gegen die Lehre vom deliktischen Schutz der Forderung und ihre Entkräftung.....	169
(cc) Die Unterhaltsforderung als Rechtsposition des § 844 Abs. 2 BGB.....	174
(aaa) Der absolute Charakter der Unterhaltsforderung	174
(bbb) Eingriff in die Forderungsinhaberschaft durch Tötung des Unterhaltsschuldners?	176
(dd) Zwischenergebnis	178
(b) § 844 Abs. 2 BGB als Schutzrecht für das aus dem „familienrechtlichen Band“ begründete Recht auf Unterhalt	178
(c) Zwischenergebnis.....	180
c) Ergebnis.....	181
4. § 844 Abs. 3 BGB als Anspruchsgrundlage für einen Drittschaden?	181
a) Der Hinterbliebene als mittelbar Geschädigter?	181
b) Der Anspruch auf Hinterbliebenengeld als gesetzlich geregelter Fall der Drittschadensliquidation?.....	183
c) Zwischenergebnis	187
 II. <i>Der Anspruch auf Hinterbliebenengeld als Schutz für eine eigene subjektive Rechtsposition</i>	187
 III. <i>Ergebnis</i>	188
 C. Die Funktion des Hinterbliebenengelds.....	189
 I. <i>Die verschiedenen Funktionen des Schadensersatzrechts und ihre Bedeutung für das Hinterbliebenengeld</i>	190
1. Die Ausgleichsfunktion.....	190
2. Die Genugtuungsfunktion bei immateriellen Schäden	192
a) Die Genugtuung beim „Schmerzensgeld“ gem. § 253 Abs. 2 BGB ...	192
b) Die Genugtuung bei einer Entschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	196
aa) Die Genugtuungsfunktion bei § 823 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 2 Abs. 1, Art. 1 Abs. 1 GG	196
bb) Die Genugtuungsfunktion im AGG	197
cc) Fazit	199
c) Zwischenergebnis	199

d) Kritik an der Genugtuungsfunktion.....	199
3. Die Präventionsfunktion.....	202
II. Rückführung des Hinterbliebenengelds zur Ausgleichsfunktion.....	205
III. Ergebnis.....	207
2. Kapitel: Wertungswidersprüche und Anwendungsfragen des § 844 Abs. 3 BGB	209
A. Wertungswidersprüche des Hinterbliebenengelds.....	211
I. Kein vertraglicher Anspruch auf Hinterbliebenengeld	211
1. Das Hinterbliebenengeld de lege lata	211
2. Kritik	212
a) Notwendigkeit eines vertraglichen Anspruchs auf Hinterbliebenengeld?	212
b) Gründe für eine Beschränkung des Hinterbliebenengelds auf das Deliktsrecht?.....	216
3. Fazit und weiterführende Überlegungen.....	217
II. Kein Anspruch auf Hinterbliebenengeld bei Überleben des Primärverletzten	218
B. Fragen in der praktischen Anwendung.....	223
I. Die Bedeutung der einzelnen Tatbestandsmerkmale.....	223
1. Der Hinterbliebene.....	223
2. Das besondere persönliche Näheverhältnis.....	224
3. Das seelische Leid.....	227
II. Die Bemessung des Hinterbliebenengelds	228
1. Wortlaut des § 844 Abs. 3 BGB	229
2. Anhaltspunkte in der Gesetzesbegründung	230
3. Ansätze in der Literatur.....	231
a) Höhenvorstellungen	231
b) Kriterien für die Bemessung	232
4. Die Bemessung in anderen europäischen Ländern.....	237
5. Die Bemessung des LG Tübingen	238
III. Folgefragen	242

1. Konkurrenz des Hinterbliebenengelds zu anderen denkbaren Ansprüchen	242
a) Das Verhältnis von Hinterbliebenengeld und Schockschaden	242
b) Konkurrenz zu einem eigenen Schmerzensgeldanspruch des Primärverletzten.....	244
c) Das Verhältnis von § 844 Abs. 3 zu § 823 Abs. 1 BGB	245
2. Das Verhalten des Erstverletzten und seine Auswirkungen auf das Hinterbliebenengeld	245
a) Die Anrechenbarkeit eines Mitverschuldens des Verstorbenen	246
b) Vertragliche Haftungsausschlüsse.....	247
c) Tötung auf Verlangen	248
3. Die Übertragbarkeit der Forderung aus dem Anspruch auf Hinterbliebenengeld	249
a) Die Vererbbarkeit der Forderung	249
b) Die Abtretbarkeit der Forderung aus dem Anspruch auf Hinterbliebenengeld.....	250
4. Die versicherungsrechtlichen Besonderheiten beim Hinterbliebenengeld	253
a) Die Einstandspflicht der Haftpflichtversicherung.....	253
b) Das Hinterbliebenengeld und die gesetzliche Unfallversicherung	254
aa) Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Nichtanwendung der Haftungsausschlüsse nach §§ 104 ff. SGB VII bei Schockschäden und ihre Übertragung auf das Hinterbliebenengeld	256
bb) Übertragung der Argumentation auf das Hinterbliebenengeld	258
<i>IV. Auswirkungen der Einführung eines Anspruchs auf Hinterbliebenengeld an anderer Stelle in der Rechtsordnung</i>	<i>259</i>
1. Ersatz für jegliche Gefühlsschäden?.....	259
2. Entschädigung bei jeglicher Beeinträchtigung einer besonderen Nähebeziehung?	261
3. Der umfassende Schutz durch die „Trias der Haftungssysteme“	261
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	263
<i>Prüfungsschema § 844 Abs. 3 BGB</i>	<i>266</i>
Literaturverzeichnis.....	267
Sachregister.....	289